

Die B15neu als Flächenfresser

Naturschützer: Für das Projekt würden wertvolle Natur- und Kulturlandschaften geopfert

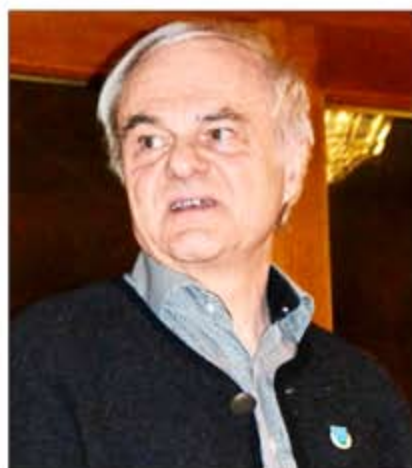
Von Johannes Viertböck

Beton kann man nicht essen“: Auf diese einfache Formel lässt sich der rund 75-minütige Vortrag von Reinhold König bringen, der am Dienstagabend im Landshuter Gasthaus zur Insel zum Thema „Straße frisst Landschaft“ referierte. König, der unter anderem Mitglied im Landesarbeitskreis Verkehr des Bundes Naturschutz (BN) ist, ging dabei nicht nur auf die Bedeutung intakter Böden für Natur und Klima ein, sondern nahm unter diesem Blickwinkel insbesondere auch „grundsätzliche Irrtümer bayerischer Verkehrspolitik“ aufs Korn. Ein solcher Irrtum ist aus Sicht des BN-Fachmanns nicht zuletzt die B15neu – und vor allem deren geplante Verlängerung über die A92 hinaus Richtung Rosenheim.

BN wirbt alternativ für stadtnahe Osttangente

Diesen unter anderem in Form einer vierspurigen Ost-Süd-Umfahrung Landshuts zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP) angemeldeten Weiterbau lehnt der BN seit Jahrzehnten strikt ab. Dass sich an der Haltung auch durch das Dialogforum nichts geändert hat, machte König in der „Insel“ überdeutlich. „Wir fordern die Staatsregierung erneut auf, den Neubau der B15neu an der A92 zu beenden“, sagte er unter dem Beifall der vielen Zuhörer. Stattdessen will der BN die billigere und die Natur weniger beeinträchtigende stadtnahe Osttangente umgesetzt sehen. „Die wäre am schnellsten zu realisieren und brächte den Bürgern der Stadt Landshut und im Umkreis mit geringerem Aufwand die größte Entlastung“, so der Referent.

In der Tat würde die stadtnahe Osttangente die Konrad-Adenauer-Straße stärker entlasten als eine



Referent Reinhold König

Foto: jv



Ein Bild, das den Naturschützern weh tut: Die B15neu bahnt sich ihren Weg Richtung A92. Dort soll die vierspurige Straße nach dem Willen des BN aber enden. Foto: Klaus Leidorf

(stadtfornere) Ost-Süd-Umfahrung, hätte dafür aber laut Prognosen des renommierten Verkehrsgutachters Dr. Harald Kurzak keine positiven Effekte auf die ebenfalls stark befahrenen Luitpold-, Witt- und Veldener Straße. Zudem plädieren die meisten Befürworter eines Weiterbaus der B15neu – etwa OB Hans Rampf (CSU) und Landrat Peter Dreier (FW) – dafür, die stadtnahe Osttangente zusätzlich zu verwirklichen. Das wiederum hätte laut Kurzak die höchste Entlastungswirkung für den gesamten Raum Landshut.

Während man also über die Frage der Verkehrswirksamkeit einzelner Varianten diskutieren kann, stellte König sehr nachvollziehbar dar, warum der Flächenverbrauch gerade in Bayern so problematisch ist. Jahr für Jahr werde eine Fläche so groß wie die Stadt Landshut (rund 6500 Hektar) zusätzlich verbraucht – beispielsweise für den Bau von Straßen oder Gebäuden. Aber auch weltweit sei der Flächenfraß besorgniserregend. Standen 1950 pro Mensch noch 5100 Quadratmeter fruchtbares Land zur Verfügung, waren es nach Berechnungen des BN 2010 nur noch 1800 Quadratmeter. Und die Tendenz ist weiter stark sinkend. Das wiederum wirke sich äußerst negativ auf Umwelt und Klima aus, warnte König. „Etwa die Hälfte der überbauten Flächen ist versiegelt und kann daher weniger Wasser und Schadstoffe speichern und filtern. Dadurch erhöht sich die Hochwassergefahr und die Grundwasserneubildung wird behindert.“

Außerdem verschlechtere sich das Lokalklima und weniger Feinstaub werde gebunden.

Auch vor diesem Hintergrund ist ein Weiterbau der B15neu Richtung Rosenheim nach Königs Überzeugung nicht zu verantworten. „Etwa 1500 Hektar kostbares Ackerland und Wald sollen für mehr Verkehr eingesetzt werden“, sagte er. Und: „Die Biodiversität wird damit unwiederbringlich geschädigt.“ Die B15neu zerschneide die Heimat und stelle für Menschen und Tiere eine ungeheure Belastung dar – und das in einem hochsensiblen Gebiet.

Vor Ort würde laut König die gemeinsame Umsetzung einer vierspurigen Ost-Süd-Umfahrung und einer stadtnahen Osttangente die meiste Fläche verbrauchen (zusammen 110 Hektar). Kaum weniger Platz würde die vierspurige Ost-Süd-Umfahrung (99 Hektar, jeweils ohne Ausgleichsflächen) allein benötigen. Die vom BN favorisierte „kleine“ Lösung, also nur eine stadtnahe Osttangente, käme dagegen nach Königs Angaben mit einer Fläche von zwölf Hektar aus.

Geschützte Arten leben auf der Trasse der B15neu

Diese Sparsamkeit beim Flächenverbrauch ist für die Naturschützer eines der wichtigsten Argumente für die stadtnahe Variante – und gegen eine Fortsetzung der B15neu. Denn die Region südlich von Landshut ist gekennzeichnet durch tertiäres Hügelland, erinnerte der Referent.

Es gebe viele quer zur Trasse der B15neu verlaufende (Fluss-) Täler, die bei einem Weiterbau der Straße eingeschnitten und durch neue Brückenbauwerke beeinträchtigt würden. Das gelte nicht zuletzt für gemäß FFH-Richtlinien prioritär zu schützende Lebensraumtypen der unteren Isarläufe – zum Beispiel naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien, Kalktuffquellen, Schlucht- und Hangmischwä-

der sowie Auenwälder. Außerdem seien unter anderem magere Flachland-Mähwiesen, Hainsimsen-Buchenwälder, Waldmeister-Buchenwälder sowie geschützte Arten wie Kammmolch und Gelbbauchunke betroffen. Königs Fazit: Nach den Maßgaben des Naturschutzgesetzes dürfe das Projekt B15neu südlich der A92 „weder zugelassen noch durchgeführt werden“.

Ob das die mit der Erstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans befassten Experten genauso sehen, bleibt freilich abzuwarten. Klarheit wird wohl in der Karwoche herrschen, wenn der erste Referententwurf vorgestellt werden soll. Eine Chance auf Umsetzung hat die Verlängerung der B15neu nach Königs Ansicht nur dann, wenn das Vorhaben in die höchste Prioritätsstufe – voraussichtliche den sogenannten Vordringlichen Bedarf Plus Plus – eingestuft wird. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, würde der BN aber nicht aufgeben. Denn zum neuen BVWP ist erstmals eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen, die am 4. April beginnen könnte. Dann will der BN seine Bedenken gegen den Weiterbau der B15neu offiziell anmelden. Die Botschaft ist klar: „Wir hoffen, dass sich die Politik rechtzeitig besinnt und das Projekt aufgibt“, sagte König. Ansonsten wird der BN wohl auch alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Denn: „Einer Zerschneidung, einer Zerstörung eines FFH-Gebietes wird der Bund Naturschutz nicht zustimmen.“